

Amtsblatt
der Bayerischen Staatsministerien
für Unterricht und Kultus
und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 16 **Ausgegeben in München am 4. September 2006** **Jahrgang 2006**

Inhalt

	Seite		Seite
I. Rechtsvorschriften		Hinweis auf die amtliche Veröffentlichung von Änderungen des Bayerischen Lehrer- bildungsgesetzes	221
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Ge- setzes über das Erziehungs- und Unter- richtswesen	198		
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Ge- setzes über das Erziehungs- und Unter- richtswesen	205	II. Bekanntmachungen der Bayeri- schen Staatsministerien für Un- terricht und Kultus und Wissen- schaft, Forschung und Kunst	
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes	206	Bestellung von Ministerialbeauftragten für die Gymnasien	222
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes	208	Zulassung von Lernmitteln	222
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes	209		
Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungs- ordnung für den gehobenen Bibliotheks- dienst bei den wissenschaftlichen Biblio- theken (ZAPÖgBibID)	213	III. Bekanntmachungen der Bayeri- schen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen	—

I. Rechtsvorschriften

2230-1-1-UK

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen Vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 390)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414; ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 272), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender Art. 37a eingefügt:

„Art. 37a Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache“.

b) Art. 45 erhält folgende Fassung:

„Art. 45 Lehrpläne, Stundentafeln, Richtlinien und Bildungsstandards“.

c) In der Überschrift des Abschnitts VIII des Zweiten Teils werden vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterin oder“ eingefügt.

d) Art. 57 erhält folgende Fassung:

„Art. 57 Schulleiterin oder Schulleiter“.

e) Art. 111 erhält folgende Fassung:

„Art. 111 Allgemeines, Leistungsvergleiche“.

2. Art. 9 Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 1 wird das Wort „Sie“ durch die Worte „Die Qualifikationsphase“ ersetzt.

b) In Nr. 2 Satz 3 werden die Worte „, Vertiefungsfächer und Seminarfächer“ durch die Worte „und Seminare“ ersetzt.

3. In Art. 15 Satz 1 wird nach dem Wort „beruflichen“ das Wort „postsekundären“ eingefügt.

4. Art. 16 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„³Die Leistungsbewertung wird durch Noten und durch ein Punktesystem vorgenommen.“

b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

c) In Satz 4 wird das Wort „Abschlussprüfung“ durch das Wort „Fachabiturprüfung“ ersetzt.

5. In Art. 17 Abs. 2 werden die Sätze 3 bis 5 durch folgende Sätze 3 bis 6 ersetzt:

„³Insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Schulabschluss gemäß Art. 25 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 2 bis 4 können einjährige Vorklassen eingerichtet werden. ⁴Die Aufnahme in die Vorklasse ist auch mit erfolgreichem Hauptschulabschluss und einer abgeschlossenen Berufsausbildung nach Bestehen einer Aufnahmeprüfung beim zuständigen Ministerialbeauftragten für die Berufsoberschulen und Fachoberschulen möglich; nach erfolgreichem Besuch wird der mittlere Schulabschluss verliehen. ⁵Die Leistungsbewertung wird durch Noten und ein Punktesystem vorgenommen. ⁶Die Berufsoberschule schließt mit der Abiturprüfung ab und verleiht die fachgebundene Hochschulreife sowie bei Nachweis der notwendigen Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache die allgemeine Hochschulreife; Schüler und Schülerinnen der Jahrgangsstufe 12 können sich der Fachabiturprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife unterziehen.“

6. In Art. 18 Abs. 1 wird nach dem Wort „berufliche“ das Wort „postsekundäre“ eingefügt.

7. In Art. 25 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 wird das Wort „Vorstufe“ durch das Wort „Vorklasse“ ersetzt.

8. Art. 35 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 oder § 24 wegen des Krieges in seinem Heimatland oder nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes besitzt,“

b) In Nr. 3 werden die Worte „§ 55 des Ausländergesetzes“ durch die Worte „§ 60a des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.

9. Es wird folgender Art. 37a eingefügt:

„Art. 37a

Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache

(1) ¹Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, bei denen nicht mindestens eine Erziehungsberechtigte oder ein Erziehungsberechtigter

deutschsprachiger Herkunft ist, nehmen im ersten Halbjahr des Kalenderjahres, das dem Jahr des Eintritts der Vollzeitschulpflicht vorangeht, an einer Sprachstandserhebung im Kindergarten oder in einem Haus für Kinder teil. ²Besucht das Kind weder einen Kindergarten noch ein Haus für Kinder, führt die Sprachstandserhebung die Grundschule durch, in der die Schulpflicht voraussichtlich zu erfüllen ist.

(2) Kinder, die nach dem Ergebnis der Sprachstandserhebung nicht über hinreichende Deutschkenntnisse verfügen, die für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht der Grundschule notwendig sind, sollen einen Vorkurs zur Förderung der deutschen Sprachkenntnisse besuchen.

(3) Die zuständige Grundschule kann ein Kind, das weder einen Kindergarten bzw. ein Haus für Kinder noch einen Vorkurs nach Abs. 2 besucht hat und bei dem im Rahmen der Schulanmeldung festgestellt wird, dass es nicht über die notwendigen Deutschkenntnisse verfügt, von der Aufnahme zurückstellen und das Kind verpflichten, im nächsten Schuljahr einen Kindergarten bzw. ein Haus für Kinder mit integriertem Vorkurs zu besuchen.“

10. In Art. 39 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „dem Bundesgrenzschutz“ durch die Worte „der Bundespolizei“ ersetzt.

11. In Art. 40 Abs. 2 werden die Worte „§ 47 Abs. 3“ durch die Worte „§ 60“ und die Worte „§ 42a Abs. 3“ durch die Worte „§ 42g“ ersetzt.

12. Art. 45 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Worte „und Richtlinien“ durch die Worte „, Richtlinien und Bildungsstandards“ ersetzt.

b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 Halbsatz 2 wird das Wort „angestrebte“ gestrichen.

bb) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Wissen und Können beziehen sich auch auf Standards, die in länderübergreifenden Verfahren mit Zustimmung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus festgelegt werden.“

13. Art. 51 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Sätze 1 und 2 gelten nicht für die Lernmittel der Fächer des fachlichen Unterrichts an beruflichen Schulen; auch bei diesen Lernmitteln ist auf die alters- und lehrplangemäße Verwendung in der Schule zu achten.“

b) In Abs. 3 werden nach dem Wort „zugelassener“ die Worte „oder nach Abs. 1 Satz 3 nicht zulassungspflichtiger“ eingefügt.

14. Art. 52 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte

„sehr gut = 1
gut = 2
befriedigend = 3
ausreichend = 4
mangelhaft = 5
ungenügend = 6.“

durch die Worte

„sehr gut = 1 (Leistung entspricht den Anforderungen in besonderem Maße)
gut = 2 (Leistung entspricht voll den Anforderungen)
befriedigend = 3 (Leistung entspricht im Allgemeinen den Anforderungen)
ausreichend = 4 (Leistung weist zwar Mängel auf, entspricht aber im Ganzen noch den Anforderungen)
mangelhaft = 5 (Leistung entspricht nicht den Anforderungen, lässt jedoch erkennen, dass trotz deutlicher Verständnislücken die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind)
ungenügend = 6 (Leistung entspricht nicht den Anforderungen und lässt selbst die notwendigen Grundkenntnisse nicht erkennen).“

ersetzt.

bb) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Art. 9 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3, Art. 16 Abs. 2 Satz 3 und Art. 17 Abs. 2 Satz 5 bleiben unberührt.“

cc) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.

b) Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Daneben sollen Bemerkungen oder Bewertungen nach Abs. 2 Satz 1 oder in anderer Form über Anlagen, Mitarbeit und Verhalten der Schülerin oder des Schülers in das Zeugnis aufgenommen werden.“

c) In Abs. 4 werden die Worte „werden in den Schulordnungen vorgesehen.“ durch die Worte „können in den Schulordnungen vorgesehen werden.“ ersetzt.

15. Art. 53 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 5 Satz 2 werden nach dem Wort „Schüler“ die Worte „die oder“ eingefügt.
- b) In Abs. 6 Satz 1 werden nach den Worten „das Vorrücken“ die Worte „auf Probe gestattet werden; das Vorrücken kann ihnen“ eingefügt.

16. Dem Art. 56 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Im Schulgebäude und auf dem Schulgelände sind Mobilfunktelefone und sonstige digitale Speichermedien, die nicht zu Unterrichtszwecken verwendet werden, auszuschalten. ²Die unterrichtende oder die außerhalb des Unterrichts Aufsicht führende Lehrkraft kann Ausnahmen gestatten. ³Bei Zuwiderhandlung kann ein Mobilfunktelefon oder ein sonstiges digitales Speichermedium vorübergehend einbehalten werden.“

17. In der Überschrift des Abschnitts VIII des Zweiten Teils werden vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterin oder“ eingefügt.

18. Art. 57 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift und in Abs. 1 Satz 1 werden vor dem Wort „Schulleiter“ jeweils die Worte „Schulleiterin oder“ eingefügt.
- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ und das Wort „er“ durch die Worte „sie oder er“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort „er“ durch die Worte „sie oder er“ ersetzt.
 - cc) In Satz 3 wird das Wort „Er“ durch die Worte „Sie oder er“ ersetzt.
- c) In Abs. 3 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ ersetzt.

19. Art. 58 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Den Vorsitz führt die Schulleiterin oder der Schulleiter.“
- b) In Abs. 3 Satz 2 werden vor den Worten „des Schulleiters“ die Worte „der Schulleiterin oder“ eingefügt.
- c) In Abs. 4 Satz 1 werden vor den Worten „den Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
- d) Abs. 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
 - bb) In Satz 2 werden vor den Worten „der

Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ und vor dem Wort „er“ die Worte „sie oder“ eingefügt.

- cc) In Satz 3 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.

20. In Art. 59 Abs. 3 werden vor dem Wort „Schülern“ bzw. „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.

21. In Art. 61 Abs. 1 Sätze 1 und 2 werden jeweils vor dem Wort „Förderlehrer“ die Worte „Förderlehrerinnen bzw.“ eingefügt.

22. Art. 62 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden vor den Worten „vom Schulleiter“ die Worte „von der Schulleiterin oder“ eingefügt.
 - bb) Satz 4 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nr. 2 werden vor den Worten „den Leiter“ die Worte „die Leiterin oder“ eingefügt.
 - bbb) In Nr. 4 werden vor den Worten „beim Leiter“ die Worte „bei der Leiterin oder“ eingefügt.

b) Abs. 5 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 3 werden vor den Worten „dem Schulleiter“ die Worte „der Schulleiterin oder“ eingefügt.
- bb) In Satz 4 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ ersetzt.
- c) In Abs. 7 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.

- d) In Abs. 8 Satz 1 werden die Worte „, insbesondere über das Wahlverfahren für die Einrichtungen der Schülervertretungen,“ gestrichen.

23. Art. 63 erhält folgende Fassung:

„Art. 63

Schülerzeitung

(1) ¹Schülerzeitungen sind Zeitungen, die von Schülerinnen und Schülern für Schülerinnen und Schüler derselben Schule geschrieben werden. ²Die Schülerinnen und Schüler machen durch die Herausgabe von Schülerzeitungen vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch. ³Jede Schülerin und jeder Schüler hat das Recht, an der Schülerzeitung mitzuwirken. ⁴Die Redaktion der Schülerzeitung hat das Wahlrecht, ob die Schülerzeitung als Einrichtung der Schule im Rahmen der Schülermitverantwortung oder als Druckwerk im Sinn des Bayerischen Pressegesetzes (BayPrG) er-

scheint. ⁵Die Redaktion soll sich eine beratende Lehrkraft wählen, die die Schülerzeitung pädagogisch betreut.

(2) ¹Erscheint die Schülerzeitung als Druckwerk im Sinn des Bayerischen Pressegesetzes, soll die Schulleiterin oder der Schulleiter die Herausgeber und Redakteure über die presserechtlichen Folgen (Art. 3 Abs. 2, Art. 5, 7 bis 10 und 11 BayPrG) informieren. ²Die Haftung der Erziehungsberechtigten für minderjährige Schülerinnen und Schüler bleibt unberührt. ³Die Schule unterrichtet die Erziehungsberechtigten der mitwirkenden minderjährigen Schülerinnen und Schüler über die Entscheidung der Schülerzeitungsredaktion, die Schülerzeitung als Druckwerk im Sinn des Bayerischen Pressegesetzes herauszugeben.

(3) Die Grundsätze einer fairen Berichterstattung sind zu beachten; auf die Vielfalt der Meinungen und auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule ist Rücksicht zu nehmen.

(4) ¹Soll die Schülerzeitung auf dem Schulgelände verteilt werden, ist der Schulleiterin oder dem Schulleiter rechtzeitig vor Drucklegung ein Exemplar zur Kenntnis zu geben. ²Sie oder er kann Einwendungen erheben. ³Berücksichtigt die Redaktion die Einwendungen nicht, so hat sie die Schülerzeitung zusammen mit einer Stellungnahme dem Schulforum vorzulegen. ⁴Das Schulforum soll auf eine gütliche Einigung hinwirken; scheitert die gütliche Einigung, kann das Schulforum die Verteilung der Schülerzeitung auf dem Schulgelände untersagen.

(5) Soweit der Inhalt der Schülerzeitung das Recht der persönlichen Ehre verletzt oder in anderer Weise gegen Rechtsvorschriften verstößt, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Verteilung auf dem Schulgelände, und für den Fall, dass die Schülerzeitung als Einrichtung der Schule im Rahmen der Schülermitverantwortung erscheint, auch die Herausgabe untersagen; die Schulleiterin oder der Schulleiter begründet seine Entscheidung innerhalb einer Woche schriftlich.

(6) Das zuständige Staatsministerium regelt das Nähere nach Anhörung des Landesschulbeirats in den Schulordnungen.“

24. Art. 65 Abs. 1 Satz 3 Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. sich im Rahmen der Abstimmung nach Art. 51 Abs. 4 Satz 2 zu äußern,“

25. Art. 67 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Er“ durch die Worte „Sie oder er“ ersetzt.

cc) In Satz 3 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ ersetzt.

26. In Art. 68 Satz 1 werden nach dem Wort „regeln“ die Worte „; der Elternvertretung kann das Recht eingeräumt werden, sich eine Geschäfts- und eine Wahlordnung zu geben“ eingefügt.

27. Art. 69 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Sätze 1 und 2 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.

b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.

bb) In Satz 6 werden vor den Worten „des Schulleiters“ die Worte „der Schulleiterin oder“ eingefügt.

c) In Abs. 6 werden vor den Worten „vom Schulleiter“ die Worte „von der Schulleiterin oder“ eingefügt.

28. Art. 73 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) Schulordnungen für die in Art. 7 bis 11, 14, 16 und 17 genannten Schularten (Art. 89 Abs. 1 Satz 1),“

29. Art. 76 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Nach Maßgabe des Art. 37a sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet dafür zu sorgen, dass ein Kind an der Sprachstandserhebung teilnimmt und regelmäßig einen Kindergarten bzw. ein Haus für Kinder mit integriertem Vorkurs besucht.“

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

30. Dem Art. 85 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Wird ein Schulpflichtiger, der nicht Bürger der Europäischen Union ist, erstmals an einer Grundschule angemeldet und stellt die Schule fest, dass der Schulpflichtige nicht über hinreichende Deutschkenntnisse für einen erfolgreichen Schulbesuch verfügt, teilt sie dies der zuständigen Ausländerbehörde mit, damit integrationsfördernde Maßnahmen ergriffen werden können.“

31. Art. 86 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 6 erhält folgende Fassung:

„6. der Ausschluss vom Unterricht für zwei bis vier Wochen ab dem siebten Schulbesuchsjahr durch die Lehrerkonferenz,“

bb) Es wird folgende Nr. 6a eingefügt:

„6a. der Ausschluss vom Unterricht für mehr als vier Wochen, längstens bis zum Ablauf des laufenden Schuljahres bei Hauptschulen und Hauptschulstufen der Förderschulen ab dem siebten Schulbesuchsjahr bzw. bei Berufsschulen sowie Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung durch die Lehrerkonferenz im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Hinblick auf mögliche Leistungen nach Maßgabe des Achten Buches Sozialgesetzbuch,“

b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:

„¹Gegenüber Schulpflichtigen in Berufsschulen, die in einem Ausbildungsverhältnis stehen, sind die Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nrn. 6 und 6a nicht zulässig.“

bb) Die bisherigen Sätze 1 und 2 werden Sätze 2 und 3.

c) In Abs. 5 Sätze 1 und 2 wird jeweils die Zahl „6“ durch die Zahlen „6, 6a“ ersetzt.

d) Es wird folgender neuer Abs. 6 eingefügt:

„(6) ¹Bei einer Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a kann die Schulaufsichtsbehörde, im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Hinblick auf mögliche Leistungen nach Maßgabe des Achten Buches Sozialgesetzbuch, auch entscheiden, dass

1. die Vollzeitschulpflicht der Schülerin bzw. des Schülers mit Ablauf des achten Schulbesuchsjahres beendet wird,
2. nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht nach Nr.1 auch die Berufsschulpflicht beendet wird, wenn die Schülerin oder der Schüler noch nicht in die Berufsschule oder die Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung aufgenommen ist,
3. die Berufsschulpflicht beendet wird, wenn die Schülerin oder der Schüler bereits in die Berufsschule oder die Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung aufgenommen ist.

²Die Entscheidung nach Satz 1 Nrn. 1 und 3 erfolgt auf Antrag der Lehrerkonferenz. ³Sie setzt voraus, dass das Verhalten der Schülerin bzw. des Schülers den Bildungsanspruch der Mitschülerinnen und Mitschüler schwerwiegend und dauerhaft beeinträchtigt oder im Fall des Satzes 1 Nr. 2 eine solche Beeinträchtigung im Berufsschulunterricht zu erwarten wäre. ⁴Art. 88 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. ⁵Die zuständigen schulischen Beratungsfachkräfte sind von der Lehrerkon-

ferenz vor der Antragstellung gutachtlich zu hören; die Stellungnahme ist der Schulaufsichtsbehörde zusammen mit dem Antrag zu übermitteln.“

e) Die bisherigen Abs. 6 bis 9 werden Abs. 7 bis 10.

f) Abs. 9 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:

„¹Vor der Anwendung von Ordnungsmaßnahmen können schulische Beratungsfachkräfte hinzugezogen werden.“

bb) Die bisherigen Sätze 1 bis 3 werden Sätze 2 bis 4.

cc) In Satz 2 werden die Worte „Vor der Anwendung von Ordnungsmaßnahmen“ durch das Wort „Es“ und die Zahl „7“ durch die Zahl „6a“ ersetzt.

g) Es werden folgender neuer Abs. 11 und folgende Abs. 12 und 13 eingefügt:

„(11) ¹Vor Erlass von Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a und Abs. 6 übermittelt die Schulleitung bzw. die Schulaufsichtsbehörde die Entscheidung der Lehrerkonferenz nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a bzw. deren Antrag nach Abs. 6 Satz 2 dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe; bei Maßnahmen nach Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 teilt die Schulaufsichtsbehörde dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe seinen Entschluss zur Verkürzung der Berufsschulpflicht mit. ²Dessen Einvernehmen gilt als erteilt, wenn er nicht binnen der Frist nach Satz 3 widerspricht. ³Die Frist beträgt bei Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a zwei Wochen, bei Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 6 vier Wochen nach Zugang der Mitteilung nach Satz 1.

(12) ¹Die Schulaufsichtsbehörde kann eine Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a und die Beendigung der Schulpflicht nach Abs. 6 nach Anhörung der Schülerin oder des Schülers, der Erziehungsberechtigten, des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, des Elternbeirats, wenn dieser nach Abs. 10 an der Ordnungsmaßnahme mitgewirkt hat, und der schulischen Beratungsfachkräfte aufheben, wenn neue Tatsachen bekannt geworden sind, die erwarten lassen, dass die Schülerin oder der Schüler nicht mehr ein den Ausschluss bzw. die Beendigung der Schulpflicht begründendes Verhalten zeigen wird. ²Die Beendigung der Berufsschulpflicht ist aufzuheben, wenn ein Ausbildungsverhältnis aufgenommen wird und eine Berufsschulpflicht nach Art. 39 Abs. 2 Satz 1 besteht.

(13) ¹Gefährdet eine Schülerin oder ein Schüler durch ihr bzw. sein Verhalten das Leben oder in erheblicher Weise die Gesundheit von Schülerinnen bzw. Schülern oder Lehrkräften, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Schülerin oder den Schüler längstens bis zur Vollziehbarkeit einer Entscheidung

über schulische Ordnungsmaßnahmen, über die Überweisung an eine Förderschule, eine Aufnahme in eine Schule für Kranke oder in eine andere Einrichtung, in der die Schulpflicht erfüllt werden kann, auch bei bestehender Schulpflicht vom Besuch der Schule ausschließen, sofern die Gefahr nicht anders abwendbar ist. ²Die Schulaufsichtsbehörde, der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die Polizei, die Erziehungsberechtigten und die zuständigen schulischen Beratungsfachkräfte sind unverzüglich zu informieren. ³Wird wegen desselben Sachverhalts auch eine Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nrn. 5, 6 oder 6a getroffen, soll die Zeit des Ausschlusses vom Schulbesuch nach Satz 1 auf die Dauer der Ordnungsmaßnahme angerechnet werden.“

- h) Der bisherige Abs. 10 wird Abs. 14 und wie folgt geändert:

Nach den Worten „Nrn. 3 bis 10“ werden die Worte „sowie gegen Maßnahmen nach Abs. 13 Satz 1“ eingefügt.

- i) Der bisherige Abs. 11 wird Abs. 15.

32. Art. 89 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „; vor Erlass einer Schulordnung für die in Art. 7 bis 11, 14, 16 und 17 genannten Schularten ist der Landesschulbeirat zu hören“ gestrichen.

- b) Abs. 2 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. die Unterrichtszeit; aus besonderen Gründen und im Einvernehmen mit dem Elternbeirat, dem Schulaufwandsträger sowie dem Aufgabenträger der Schülerbeförderung kann die Schulleiterin oder der Schulleiter bis zu einem Tag im Schuljahr für unterrichtsfrei erklären und festlegen, wann der entfallene Unterricht zeitnah nachzuholen ist,“

33. Art. 92 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

- bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Der Antrag ist mit allen erforderlichen Unterlagen spätestens vier Monate vor Schuljahresbeginn bei der Schulaufsichtsbehörde einzureichen.“

- b) In Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „Art. 50“ durch die Worte „Art. 45 Abs. 1 Satz 3, Art. 50“ ersetzt.

34. Art. 97 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.

- b) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) ¹Ersatzschulen, die nicht nur vorläufig

genehmigt sind (Art. 98 Abs. 1), können den an ihnen hauptberuflich tätigen Lehrkräften nach Maßgabe des Arbeitsvertrags auf die Dauer der Verwendung das Recht einräumen, Berufsbezeichnungen zu führen, die das Staatsministerium für Unterricht und Kultus für bestimmte Gruppen von Lehrkräften allgemein festsetzt. ²Lehrkräfte, die wegen Alters oder Dienstunfähigkeit ausscheiden, sind berechtigt, ihre bisherige Berufsbezeichnung mit dem Zusatz „a.D.“ widerruflich weiterzuführen.“

35. Art. 100 Abs. 3 wird aufgehoben.

36. Art. 111 wird wie folgt geändert:

- a) Der Überschrift wird das Wort „, Leistungsvergleiche“ angefügt.
- b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Das zuständige Staatsministerium kann Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte verpflichten, an Leistungsvergleichen teilzunehmen, die Zwecken der Qualitätssicherung und -steigerung dienen.“

37. Art. 115 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden vor den Worten „dem Landrat“ die Worte „der Landrätin oder“ und vor den Worten „dem Oberbürgermeister“ die Worte „der Oberbürgermeisterin oder“ eingefügt.

- b) In Satz 4 werden nach dem Wort „zwei“ die Worte „, in besonderen Fällen auch mehr als zwei“ eingefügt.

38. Art. 118 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) ¹Eine Schulpflichtige oder ein Schulpflichtiger, aus deren oder dessen Verhalten sich Hinweise auf eine mögliche Erkrankung ergeben, die die Schulbesuchsfähigkeit beeinträchtigt, ist nach Aufforderung durch die Schule verpflichtet, sich durch den öffentlichen Gesundheitsdienst untersuchen zu lassen, soweit sie oder er nicht der Schule nachweist, dass sie bzw. er von einem Facharzt, insbesondere von einem Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin oder Facharzt für (Kinder- und Jugend-)Psychiatrie und Psychotherapie, hinsichtlich dieser Verhaltensauffälligkeiten untersucht worden ist bzw. behandelt wird; Art. 80 Abs. 2 bis 4 gelten entsprechend. ²Vor der Aufforderung sind die zuständigen schulischen Beratungsfachkräfte zu hören.“

- b) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.

39. Art. 119 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. entgegen Art. 76 Satz 1 nicht dafür

sorgt, dass minderjährige Schulpflichtige am Unterricht regelmäßig teilnehmen und die sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen besuchen, oder entgegen einer vollziehbaren Anordnung nach Art. 37a Abs. 3 in Verbindung mit Art. 76 Satz 2 nicht dafür sorgt, dass ein Kind einen Kindergarten oder ein Haus für Kinder mit integriertem Vorkurs besucht; das Gleiche gilt für Personen, denen die Erziehung minderjähriger Schulpflichtiger durch Rechtsvorschrift oder Vertrag ganz oder teilweise übertragen ist,“

bb) Es wird folgende neue Nr. 3 eingefügt:

„3. entgegen Art. 77 Berufsschulpflichtige nicht zur Teilnahme am Unterricht und zum Besuch der sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen anhält; das Gleiche gilt für Personen, denen die Erziehung minderjähriger Schulpflichtiger durch Rechtsvorschrift oder Vertrag ganz oder teilweise übertragen ist,“

cc) Die bisherigen Nrn. 3 bis 9 werden Nrn. 4 bis 10.

dd) In Nr. 10 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

ee) Es wird folgende Nr. 11 angefügt:

„11. entgegen Art. 118 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 1 in Verbindung mit Abs. 3 einen minderjährigen Schulpflichtigen oder eine minderjährige Schulpflichtige nicht dem Gesundheitsamt zuführt oder entgegen Art. 118 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 in Verbindung mit Abs. 3 sich nicht am Gesundheitsamt untersuchen lässt.“

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Absatz 1 Nr. 2 oder Nr. 3“ durch die Worte „Abs. 1 Nrn. 2 bis 4“ ersetzt.

§ 2

¹Dieses Gesetz tritt am 1. August 2006 in Kraft.
²Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 14 Buchst. b mit Wirkung vom 1. Juli 2005 in Kraft. ³§ 1 Nrn. 9, 29, 30 und 39 Buchst. a Doppelbuchst. aa, bb und cc und Buchst. b treten am 1. August 2009 außer Kraft.

München, den 26. Juli 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2230-1-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Gesetzes über das
Erziehungs- und Unterrichtswesen
Vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 397)**

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 390), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift des Abschnitts XI des Zweiten Teils werden nach den Worten „Besondere Einrichtungen“ die Worte „und Schulgesundheit“ angefügt.

b) In Art. 80 wird das Wort „Schulgesundheitspflege“ durch das Wort „Schulgesundheit“ ersetzt.

2. Der Überschrift des Abschnitts XI des Zweiten Teils werden nach den Worten „Besondere Einrichtungen“ die Worte „und Schulgesundheit“ angefügt.

3. Art. 80 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Schulgesundheitspflege“ durch das Wort „Schulgesundheit“ ersetzt.

b) Es wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Das Rauchen in der Schule und auf dem Schulgelände ist untersagt. ²Dies gilt nicht für Wohnräume, die sich auf dem Schulgelände befinden.“

4. In Art. 92 Abs. 5 Satz 1 werden die Worte „Art. 80“ durch die Worte „Art. 80 Abs. 1 bis 4“ ersetzt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2006 in Kraft.

München, den 26. Juli 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2230-7-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
Vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 398)**

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455; ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 272), wird wie folgt geändert:

1. Dem Fünften Teil der Inhaltsübersicht wird folgender Art. 57a angefügt:

„Art. 57a Übergangsregelung für Versorgungszuschüsse“.

2. Art. 40 erhält folgende Fassung:

„Art. 40

Versorgungszuschüsse

¹Der Schulträger erhält für den Versorgungsaufwand, der im Vorjahr für seine Lehrkräfte angefallen ist, einen Versorgungszuschuss. ²Der Versorgungsaufwand beträgt 25 v. H. des Lehrpersonalaufwands, der in entsprechender Anwendung von Art. 17 ermittelt wird; bei der Berechnung der Bezüge (Art. 17 Abs. 1 Satz 4) wird kein Versorgungszuschlag zugrunde gelegt. ³Der Zuschusssatz beträgt im Jahr 2006 7 v. H.; er steigt ab dem Jahr 2007 jährlich um 6,5 v. H. bis zum Erreichen eines Zuschusssatzes von 72 v. H. im Jahr 2016. ⁴Der Versorgungszuschuss ist der Höhe nach auf die tatsächlichen lehrpersonalbezogenen Versorgungsaufwendungen im Vorjahr begrenzt; diese sind vom Schulträger mitzuteilen und auf Anforderung nachzuweisen.“

3. Es wird folgender Art. 57a eingefügt:

„Art. 57a

Übergangsregelung für Versorgungszuschüsse

(1) ¹Für Schulträger, die nach Art. 40 BaySchFG in der bis zum 1. Januar 2006 geltenden Fassung zuschussberechtigt waren, gelten die Übergangsregelungen der Abs. 2 bis 8. ²In den Abs. 3 bis 8 werden Ernennungen, Versorgungszusagen und Beihilfeversicherungsabschlüsse bis zum 31. Dezember 2005 berücksichtigt; die Systemumstellung in den Zusatzversorgungskassen zum 1. Januar 2002 ist unbeachtlich.

(2) ¹Für das Jahr 2006 wird ein fiktiver Versorgungszuschuss berechnet, der für die Versorgungsaufwendungen des Jahres 2005 nach Art. 40 in der bis 1. Januar 2006 geltenden Fassung geleistet worden wäre. ²Ist der Prozentsatz, der sich aus diesem fiktiven Versorgungszuschuss im Verhältnis zum Versorgungsaufwand nach Art. 40 Satz 2 im Jahr 2005 ermittelt, geringer als 7 v. H., findet Art. 40 Anwendung. ³Liegt er zwischen 7 und 72 v. H., so wird er in den Jahren 2006 bis 2015 der Bezuschussung des Versorgungsaufwands zugrunde gelegt, solange er über dem Zuschusssatz nach Art. 40 Satz 3 liegt. ⁴Ist er höher als 72 v. H., so ist er im Jahr 2006 der maßgebende Zuschusssatz; ab dem Jahr 2007 reduziert er sich jährlich um ein Zehntel der Differenz seines Wertes im Jahr 2006 und dem Höchstzuschusssatz nach Art. 40 Satz 3, bis er diesen erreicht hat.

(3) ¹Auf Antrag des Schulträgers bleiben die Versorgungs- und Beihilfeversicherungsaufwendungen für Lehrkräfte im Ruhestand, die gemäß Art. 40 in der bis zum 1. Januar 2006 geltenden Fassung zuschussfähig waren, bei der Berechnung des fiktiven Versorgungszuschusses nach Abs. 2 unberücksichtigt. ²Diese Aufwendungen werden jährlich mit 75 v. H. bezuschusst.

(4) ¹Auf Antrag des Schulträgers bleiben die Versorgungsaufwendungen für eine Lehrkraft mit Anmeldung beim Versorgungsfonds der Evangelischen Landeskirche oder der Niedersächsischen Versorgungskasse, deren Versorgungszusage gemäß Art. 40 in der bis zum 1. Januar 2006 geltenden Fassung zuschussfähig war, bei der Berechnung des fiktiven Versorgungszuschusses nach Abs. 2 in Höhe von 30 v. H. unberücksichtigt. ²Dieser Betrag wird jährlich mit 75 v. H. bezuschusst; die Zuschussleistung wird auf eine Zuschusserhöhung, die sich aus einem Anstieg des Prozentsatzes nach Abs. 2 Satz 3 ergibt, angerechnet.

(5) ¹Auf Antrag wird einem Schulträger mit Mitgliedschaft in einer öffentlich-rechtlichen Zusatzversorgungskasse zugesichert, dass die späteren Aufwendungen für die Ruhestandsbezüge einer aktiven Lehrkraft ab deren Eintritt in den Ruhestand mit 75 v. H. bezuschusst werden, wenn die Lehrkraft in ein katholisches Kirchenbeamtenverhältnis berufen wurde oder eine Versorgungszusage hat, die eine Versorgung nach den Bestimmungen des Beamtenversorgungsgesetzes gewährleistet und gemäß Art. 40 in der bis zum 1. Januar 2006 geltenden Fassung zuschussfähig war. ²Er gibt sich durch einen Anstieg des Prozentsatzes nach Abs. 2 Satz 3 eine Zuschusserhöhung, so wird diese im Umfang von 25 v. H. der tatsächlichen Versorgungsaufwendungen dieser Lehrkraft gekürzt, solange diese im aktiven Dienstverhältnis steht.

(6) Wurde für eine Lehrkraft, deren Versorgungszusage gemäß Art. 40 in der bis zum 1. Januar 2006 geltenden Fassung zuschussfähig war, eine Versicherung über Beihilfeleistungen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen abgeschlossen, so werden die dafür fälligen Aufwendungen nach Eintritt der Lehrkraft in den Ruhestand mit 75 v. H. bezuschusst.

(7) Die Zuschussleistungen nach den Abs. 3, 5 und 6 werden auch nach Schließung einer Schule gewährt, sofern der ehemalige Schulträger zur Zahlung von Versorgungsleistungen weiterhin verpflichtet ist und keine Erstattungs- oder sonstige Ansprüche gegen Dritte bestehen.

(8) ¹Sind auf Grund besonderer Umstände die tatsächlichen Versorgungsaufwendungen, die der Berechnung des fiktiven Versorgungszuschusses nach Abs. 2 Satz 2 zugrunde liegen, im Jahr 2006 mindestens 20 v. H. höher als im Jahr 2005, so können auf Antrag des Schulträgers die Übergangsregelungen auf der Basis der Zahlen des Jahres 2006 entsprechend angewandt werden. ²Sonstige besondere Härtefälle kann das Staatsministerium für Unterricht und Kultus mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen berücksichtigen.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2006 in Kraft.

München, den 26. Juli 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2230-7-1-UK

Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes
Vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 400)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Art. 10 Abs. 4 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455; ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 398), erhält folgende Fassung:

„(4) ¹Für Gast Schüler an Berufsschulen und Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung errechnet sich der Kostenersatz nach Maßgabe des Art. 8 Abs. 3; für die Kosten der Heimunterbringung (Bereithaltungskosten) ist die Zahl der Heimschüler maßgebend. ²Bei einer Beschränkung des Fachsprengels auf berufsspezifische Teile des fachlichen Unterrichts nach Art. 34 Abs. 2 Satz 2 BayEUG werden bei der Berechnung des Kostenersatzes Schüler anteilig in dem Umfang berücksichtigt, in dem sie Unterricht an der Schule erhalten. ³Besuchen außerbayerische Schüler eine Berufsschule oder Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung in Bayern, so gelten Sätze 1 und 2 entsprechend. ⁴Die Möglichkeit, abweichende Kostenvereinbarungen gemäß Art. 8 Abs. 3 Satz 2 zu treffen, bleibt unberührt.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2006 in Kraft.

München, den 26. Juli 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2238-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes¹⁾**

Vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 401)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Lehrerbildungsgesetz (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16; ber. S. 40, BayRS 2238-1-UK), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 303), wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift wird Fußnote „¹⁾“ angefügt, die wie folgt lautet:

„¹⁾ Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl EG Nr. L 255 S. 22).“

2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender Art. 6a eingefügt:

„Art. 6a Akademische Grade“.

- b) In den Überschriften der Art. 13 und 19 werden jeweils die Worte „an Sonderschulen“ durch die Worte „für Sonderpädagogik“ ersetzt.

- c) Nach Art. 19 wird folgender Art. 19a eingefügt:

„Art. 19a Modellversuche“.

- d) Die Überschrift des Art. 23 erhält folgende Fassung:

„Besondere Bestimmungen für nachträgliche Erweiterungen des Studiums“.

- e) Die Überschriften der Art. 25 und 26 werden jeweils durch den Klammerzusatz „(aufgehoben)“ ersetzt.

- f) Die Überschrift des Art. 30 erhält folgende Fassung:

„In-Kraft-Treten“.

3. In Art. 1 wird der Klammerzusatz nach dem Wort „Schulwesens“ durch die Worte „in Bayern“ ersetzt.

4. In Art. 2 Nr. 6 werden die Worte „an Sonderschulen“ durch die Worte „für Sonderpädagogik“ ersetzt.

5. Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Halbsatz 5 erhält folgende Fassung:

„dazu gehört mindestens ein studienbegleitendes Praktikum;“

6. Art. 4 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Worte „Art. 1 Abs. 2 Nrn. 1 und 2“ durch die Worte „Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2“ ersetzt.

- bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²⁾Das Studium ist in Modulen zu organisieren, denen Leistungspunkte zuzuordnen sind.“

- cc) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³⁾In den Prüfungsbestimmungen (Art. 28 Abs. 2) wird die Mindestdauer des Studiums für das jeweilige Lehramt festgelegt.“

- b) In Abs. 2 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.

- c) Abs. 3 wird aufgehoben.

- d) Die bisherigen Abs. 4 und 5 werden Abs. 3 und 4.

- e) In Abs. 3 (neu) werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

- f) Abs. 4 (neu) wird wie folgt geändert:

- aa) Nach dem Wort „Lehrern“ werden die Worte „an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, beruflichen Schulen und für Sonderpädagogik“ eingefügt.

- bb) Die Worte „nicht vertieften“ werden gestrichen.

- cc) Die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ werden durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

¹⁾ Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl EG Nr. L 255 S. 22).

7. Art. 5 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus richtet für die in Art. 2 aufgeführten Lehrämter Studienseminare ein; es regelt die Zusammenarbeit der Studienseminare untereinander und mit hierfür geeigneten Schulen (Seminarschulen).“

b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Unterrichtstätigkeiten, die für die Ziele des Vorbereitungsdienstes förderlich sind, können bis zu einem Jahr angerechnet werden.“

8. Art. 6 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Das Studium für ein Lehramt an öffentlichen Schulen schließt mit der Ersten Lehramtsprüfung ab. ²Die Erste Lehramtsprüfung besteht aus der Ersten Staatsprüfung und einer universitären Prüfung, die die Prüfungsleistungen der Modulprüfungen beinhaltet. ³Das Gesamtergebnis der Ersten Lehramtsprüfung wird zu mindestens 60 v. H. durch das Ergebnis der Ersten Staatsprüfung bestimmt. ⁴Der Vorbereitungsdienst endet mit der Zweiten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen. ⁵Der Ersten Lehramtsprüfung für berufliche Schulen entspricht eine im Geltungsbereich dieses Gesetzes abgelegte Diplom- oder Masterprüfung für Wirtschaftspädagogen, wenn sie den Anforderungen des Lehramts genügt und daneben ein mindestens einjähriges kaufmännisches Praktikum oder eine abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung nachgewiesen wird.“

b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Die Erste Lehramtsprüfung erstreckt sich auch auf das die Erweiterung des Studiums nach Art. 14 bis 19 begründende Fachgebiet; soweit vorgesehen kann dort auch die Zweite Staatsprüfung abgelegt werden. ²Wer die Befähigung für ein Lehramt erworben hat und sein Studium nachträglich nach Art. 14 bis 19 erweitert, legt in dem die Erweiterung begründenden Fachgebiet die Erste Lehramtsprüfung nach besonderen Bestimmungen ab.“

c) Abs. 3 Satz 2 wird aufgehoben; die Satzbezeichnung im bisherigen Satz 1 entfällt.

d) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ werden durch

die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

bbb) Die Worte „Staatsprüfung für ein Lehramt“ werden durch die Worte „Prüfung für ein Lehramt“ ersetzt.

ccc) Die Worte „Erste Staatsprüfung“ werden durch die Worte „Erste Lehramtsprüfung“ ersetzt.

ddd) Die Worte „gleichartig und“ werden gestrichen.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Staatsprüfung“ durch die Worte „Prüfung für ein Lehramt“ ersetzt.

9. Es wird folgender Art. 6a eingefügt:

„Art. 6a

Akademische Grade

¹Lehramtsstudierenden kann von der jeweiligen Hochschule ein akademischer Grad (insbesondere Bachelor/Baccalaureus) verliehen werden, wenn sie die dafür erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen (Anzahl von Leistungspunkten) nachgewiesen haben. ²Näheres regeln die Studien- und Prüfungsordnungen der Hochschulen.“

10. Art. 7 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 wird das Wort „und“ durch die Worte „Lehramtsprüfung und der“ ersetzt.

b) In Abs. 2 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

c) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Für Personen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein Diplom erworben haben, das eine Ausbildung für den Beruf des Lehrers abschließt, oder die die Berechtigung erworben haben, den Beruf des Lehrers auszuüben, sind für die Feststellung der Lehramtsbefähigung die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EG Nr. L 255 S. 22) sowie die nach diesem Gesetz ergehenden Ausführungsvorschriften maßgebend; dies gilt entsprechend für Drittstaaten und Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Diplomanerkennung nach dem Recht der Europäischen Union eine Gleichstellung ergibt.“

bb) In Satz 4 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

11. In Art. 12 Abs. 2 werden die Worte „Satz 3“ durch die Worte „Satz 5“ ersetzt.
12. In der Überschrift zu Art. 13 und im Wortlaut des Art. 13 werden jeweils die Worte „an Sonderschulen“ durch die Worte „für Sonderpädagogik“ ersetzt.
13. In Art. 14 Nr. 1, Art. 15 Nr. 1, Art. 16 Nr. 1, Art. 17 Nr. 1 und Art. 18 Nr. 1 werden jeweils die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.
14. Art. 19 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift und in Abs. 1 Satz 1 werden jeweils die Worte „an Sonderschulen“ durch die Worte „für Sonderpädagogik“ ersetzt.
 - b) In Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.
15. Nach Art. 19 wird folgender Art. 19a eingefügt:

„Art. 19a

Modellversuche

Mit Genehmigung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus können in Modellversuchen Strukturen des Studiums erprobt werden, die von den in Art. 8 bis 19 getroffenen Regelungen abweichen.“

16. In Art. 20 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.
17. In Art. 21 Abs. 1 Nr. 3 werden die Worte „an Sonderschulen“ durch die Worte „für Sonderpädagogik“ ersetzt.
18. Art. 22 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ werden durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.
 - bb) Das Wort „Staatsprüfung“ wird jeweils durch das Wort „Lehramtsprüfung“ ersetzt.
 - b) Abs. 2 Satz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Worte „an Sonderschulen“ werden jeweils durch die Worte „für Sonderpädagogik“ ersetzt.
 - bb) Die Worte „Teilprüfung der Ersten Staatsprüfung“ werden durch das Wort „Prüfung“ ersetzt.
 - c) In Abs. 3 wird das Wort „Staatsprüfung“ durch die Worte „Prüfung für ein Lehramt“ ersetzt.

- d) Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ werden durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.
 - bb) Die Worte „acht Semestern“ werden durch die Worte „dem Umfang der für das entsprechende Lehramt geforderten Mindeststudienzeit“ ersetzt.
 - cc) Das Wort „Staatsprüfung“ wird durch die Worte „Prüfung für ein Lehramt“ ersetzt.
- e) Abs. 6 wird aufgehoben.
- f) Der bisherige Abs. 7 wird Abs. 6 und erhält folgende Fassung:

„(6) Bei Vorliegen eines besonderen dienstlichen Interesses, das vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus festgestellt wird, kann die Befähigung für ein Lehramt auch durch den Landespersonalausschuss nach den Bestimmungen für andere Bewerber (Art. 9 und 31 BayBG) festgestellt werden.“

19. Art. 23 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Besondere Bestimmungen für nachträgliche Erweiterungen des Studiums“.
- b) In Abs. 1 wird das Wort „Staatsprüfung“ durch das Wort „Lehramtsprüfung“ ersetzt.
- c) In Abs. 3 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

20. Art. 24 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden der Strichpunkt und Halbsatz 2 gestrichen.
- b) In Abs. 2 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.

21. Art. 25 und 26 werden aufgehoben.

22. Art. 27 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Die Befähigung für ein Lehramt, die nach dem Rechtsstand vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes erworben worden ist, bleibt unberührt. ²Wer die Befähigung für das Lehramt an Volksschulen erworben hat, kann an Grund- und Hauptschulen verwendet werden; wer die Befähigung für das Lehramt an Sonderschulen erworben hat, kann entsprechend den sonderpädagogischen Anforderungen auch an anderen Schulararten verwendet werden.“

23. Art. 28 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.
- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ werden durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.
 - bb) Die Worte „die Prüfungsbestimmungen für die staatlichen Zwischenprüfungen sowie“ werden gestrichen.
 - cc) Die Worte „Ersten und“ werden durch die Worte „Ersten Lehramtsprüfungen und die“ ersetzt.
 - c) In Abs. 3 werden die Worte „Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „Unterricht und Kultus“ ersetzt.
24. Art. 30 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„In-Kraft-Treten“.
 - b) Die Absatzbezeichnung im bisherigen Abs. 1 entfällt.
 - c) Die Absatzbezeichnung „(2)“ und der Klammerzusatz „(aufgehoben)“ werden gestrichen.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 2006 in Kraft.

(2) Die Universitäten und Kunsthochschulen haben die Möglichkeit, die Aufnahme des Lehramtsstudiums bis zum Wintersemester 2008/09 ausschließlich noch nach bisherigem Recht anzubieten.

(3) ¹§ 1 Nr. 2 Buchst. a, b und c, Nrn. 4 und 6 Buchst. a Doppelbuchst. bb, Nr. 8 Buchst. a, Nrn. 9 und 10 Buchst. a, Nrn. 11, 12 und 14 Buchst. a, Nrn. 15, 17 und 18 Buchst. a Doppelbuchst. bb und Buchst. b Doppelbuchst. aa, Nr. 19 Buchst. b und Nr. 23 Buchst. b Doppelbuchst. bb und cc gelten nicht für Personen, die ihr Lehramtsstudium vor dem 1. Oktober 2006 aufgenommen haben oder nach Maßgabe des Abs. 2 bis spätestens Wintersemester 2008/09 noch nach bisherigem Recht aufnehmen. ²Nr. 8 Buchst. b gilt nicht für Personen, die eine die Erweiterung der Lehramtsbefähigung begründende Erste Staatsprüfung vor dem Prüfungstermin Herbst 2009 ablegen. ³§ 1 Nr. 18 Buchst. e gilt nicht für Personen, die vor dem Wintersemester 2003/04 das Ergänzungsstudium aufgenommen haben.

München, den 26. Juli 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2038-3-4-10-2-WFK

**Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für den gehobenen Bibliotheksdienst
bei den wissenschaftlichen Bibliotheken
(ZAPOGBibID)**

Vom 10. Juli 2006 (GVBl S. 419)

Auf Grund von Art. 19 Abs. 2 und Art. 115 Abs. 2 und 3 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 665), sowie Art. 17 Abs. 2 des Gesetzes über die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (BayFHVRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 2003 (GVBl S. 818, BayRS 2030-1-3-F), zuletzt geändert durch § 14 des Gesetzes vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 665), erlassen die Bayerischen Staatsministerien für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie des Innern im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuss folgende Verordnung:

Inhaltsübersicht

Abschnitt I

Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Laufbahnbefähigung
- § 3 Zulassung zum Vorbereitungsdienst

Abschnitt II

Vorbereitungsdienst

- § 4 Einstellung
- § 5 Rechtsstellung
- § 6 Dauer und Gestaltung des Vorbereitungsdienstes, Erholungsurlaub
- § 7 Zuweisung zum Fachstudium
- § 8 Fachstudium
- § 9 Lehrfächer des Fachstudiums
- § 10 Berufspraktisches Studium
- § 11 Vorgesetzte
- § 12 Erreichen des Ausbildungsziels
- § 13 Entlassung
- § 14 Zwischenprüfung
- § 15 Aufstiegsbeamte

Abschnitt III

Anstellungsprüfung

- § 16 Durchführung und Zweck der Prüfung
- § 17 Prüfungsausschuss

- § 18 Prüfungsamt
- § 19 Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung des Prüfungsausschusses
- § 20 Diplomarbeit
- § 21 Zulassung zur Prüfung, Nachteilsausgleich
- § 22 Form der Prüfung
- § 23 Schriftliche Prüfung
- § 24 Ergebnis der schriftlichen Prüfung
- § 25 Mündliche Prüfung
- § 26 Gesamtprüfungsnote
- § 27 Nichtbestehen der Prüfung
- § 28 Festsetzung der Platzziffer
- § 29 Prüfungszeugnis
- § 30 Ausscheiden aus dem Vorbereitungsdienst
- § 31 Wiederholung der Prüfung

Abschnitt IV

Aufstieg

- § 32 Zuständigkeit, öffentliche Bekanntmachung
- § 33 Meldung zum Zulassungsverfahren
- § 34 Gestaltung des Zulassungsverfahrens
- § 35 Inhalt und Bewertung des Zulassungsverfahrens
- § 36 Ergebnis des Zulassungsverfahrens
- § 37 Zulassung zum Aufstieg

Abschnitt V

Schlussbestimmungen

- § 38 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten
- § 39 Übergangsvorschrift

Abschnitt I

Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung gilt für die Laufbahn des gehobenen Bibliotheksdienstes bei den wissenschaftlichen Bibliothe-

ken des Freistaates Bayern, der Gemeinden und der sonstigen unter der Aufsicht der Staatsministerien des Innern sowie für Wissenschaft, Forschung und Kunst stehenden nichtstaatlichen Dienstherren in Bayern.

(2) Soweit diese Verordnung keine Regelung enthält, gelten die Vorschriften der Laufbahnverordnung (LbV), der Allgemeinen Prüfungsordnung (APO) und der Verordnung zur Regelung der besonderen Auswahlverfahren für die Einstellung in Laufbahnen des mittleren und gehobenen nichttechnischen Dienstes (AVfV) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2

Laufbahnbefähigung

Die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Bibliotheksdienstes wird durch die erfolgreiche Ableistung des Vorbereitungsdienstes und das Bestehen der Anstellungsprüfung erworben.

§ 3

Zulassung zum Vorbereitungsdienst

(1) Abweichend von § 34 Abs. 1 Nr. 1 LbV kann in den Vorbereitungsdienst nur eingestellt werden, wer zum Einstellungszeitpunkt das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

(2) Dem Höchstalter nach Abs. 1 ist bei Bewerbern und Bewerberinnen, die wegen Betreuung mindestens eines mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kindes unter 18 Lebensjahren von einer Bewerbung um Einstellung vor Vollendung des 25. Lebensjahres abgesehen haben, je Kind ein Zeitraum von drei Jahren bis zu einem Höchstalter von 40 Lebensjahren hinzuzurechnen; § 17 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 3 LbV bleiben unberührt.

(3) Die Höchstaltersgrenze nach den Abs. 1 und 2 darf um die Zeit des Grundwehr- bzw. Zivildienstes und der Wehrübungen überschritten werden.

Abschnitt II

Vorbereitungsdienst

§ 4

Einstellung

Über die Einstellung in den Vorbereitungsdienst entscheiden die Ernennungsbehörden grundsätzlich nach dem Bedarf und dem Ergebnis des Auswahlverfahrens (Rangliste).

§ 5

Rechtsstellung

¹Die zum Vorbereitungsdienst zugelassenen Bewerber und Bewerberinnen werden von den Ernennungs-

behörden zu Beamten auf Widerruf ernannt. ²Sie führen die Amtsbezeichnung „Bibliotheksinspektor-anwärter“ bzw. „Bibliotheksinspektor-anwärterin“ und sind Studierende des Fachbereichs Archiv- und Bibliothekswesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern.

§ 6

Dauer und Gestaltung des Vorbereitungsdienstes, Erholungsurlaub

(1) ¹Der Vorbereitungsdienst dauert drei Jahre. ²Er umfasst das Fachstudium und das berufspraktische Studium mit begleitenden Fachgesprächen. ³Fachstudium und begleitende Fachgespräche umfassen mindestens 2 400 Unterrichtsstunden. ⁴Die Gesamtzahl der Unterrichtsstunden soll durch den Erholungsurlaub nicht vermindert werden.

(2) Der Vorbereitungsdienst gliedert sich in sechs Ausbildungsabschnitte:

1. erster Fachstudienabschnitt (sechs Monate),
2. erster berufspraktischer Studienabschnitt (sieben Monate),
3. zweiter Fachstudienabschnitt (fünf Monate),
4. dritter Fachstudienabschnitt (sechs Monate),
5. zweiter berufspraktischer Studienabschnitt (sechs Monate),
6. vierter Fachstudienabschnitt (sechs Monate).

§ 7

Zuweisung zum Fachstudium

Die Ernennungsbehörden weisen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern – Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen – für das Fachstudium zu

1. die Bibliotheksinspektor-anwärter und Bibliotheksinspektoren-anwärterinnen im Vorbereitungsdienst,
2. die Beamten und Beamtinnen des mittleren Bibliotheksdienstes, die zum Aufstieg in den gehobenen Bibliotheksdienst zugelassen sind.

§ 8

Fachstudium

(1) ¹Die Lehrinhalte des Fachstudiums sind nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden anwendungsbezogen zu vermitteln. ²Neben den Vorlesungen ist ein angemessener Teil der Lehrveranstaltungen in Form von Übungen, Seminaren und Exkursionen durchzuführen.

(2) ¹In der Übung wird der Stoff eines Fachs an Hand von Beispielen vertieft, erläutert und geübt.

²Im Seminar wird ein Teilgebiet eines Fachs oder mehrerer Fächer, auch fachübergreifend, im Zusammenwirken von Lernenden und Lehrenden gemeinsam erarbeitet, erweitert und vertieft. ³Exkursionen dienen dem exemplarischen Kennenlernen der verschiedenen Typen von Bibliotheken und anderen bibliotheksrelevanten Einrichtungen.

(3) ¹Im ersten und dritten Fachstudienabschnitt sind jeweils drei Aufsichtsarbeiten zu fertigen. ²Die Arbeitszeit beträgt jeweils zwei Stunden. ³Die Aufsichtsarbeiten sind je mit einer Note nach der in der Allgemeinen Prüfungsordnung festgelegten Notenskala zu bewerten.

§ 9

Lehrfächer des Fachstudiums

(1) Das Fachstudium erstreckt sich auf folgende Fächergruppen:

1. Strukturen des Bibliotheks- und Informationswesens,
2. Medienkunde und Medienbearbeitung,
3. Bibliothekarische Dienstleistungen,
4. Informationstechnik,
5. Bibliotheksmanagement und bibliotheksrelevantes Recht,
6. Fremdsprachen,
7. Arbeitstechniken in Studium und Beruf.

(2) Einzelheiten des Fachstudiums regelt der vom Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen aufgestellte Studienplan (Art. 9 Abs. 2 Nr. 1 BayFHVRG).

(3) Spätestens bis zum Ende des ersten Fachstudienabschnitts müssen die Studierenden nachweisen, dass sie eine ausreichende Fertigkeit im Tast- bzw. Maschinenschreiben an einem elektronischen Textverarbeitungssystem besitzen (120 Anschläge in der Minute).

§ 10

Berufspraktisches Studium

(1) ¹Das berufspraktische Studium wird an wissenschaftlichen Bibliotheken in Bayern abgeleistet. ²Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bestimmt – bei nichtstaatlichen Bibliotheken im Einvernehmen mit deren Trägern – allgemein die für das berufspraktische Studium geeigneten Bibliotheken (Ausbildungsbibliotheken).

(2) Die Studierenden werden von der Bayerischen Staatsbibliothek den Ausbildungsbibliotheken zugewiesen, bei nichtstaatlichen Studierenden im Einvernehmen mit dem jeweiligen Dienstherrn.

(3) ¹Für die Durchführung des berufspraktischen Studiums ist der Leiter oder die Leiterin der Ausbildungsbibliothek verantwortlich. ²An jeder Ausbil-

dungsbibliothek wird eine Person bestimmt, die das berufspraktische Studium lenkt und überwacht (Ausbildungsleiter). ³Die Ausbildungsleiter müssen die Voraussetzungen des Art. 14 Abs. 2 und 3 BayFHVRG erfüllen.

(4) Das berufspraktische Studium umfasst

1. die Ausbildung am Arbeitsplatz,
2. begleitende Fachgespräche.

(5) Die Ausbildung am Arbeitsplatz macht mit sämtlichen Arbeitsbereichen vertraut, die für den gehobenen Bibliotheksdienst in Betracht kommen.

(6) ¹Während der Ausbildung am Arbeitsplatz finden begleitende Fachgespräche statt. ²Die begleitenden Fachgespräche sollen die in den vorangegangenen Fachstudienabschnitten gewonnenen Kenntnisse mit Bezug auf die Praxis der Ausbildungsbibliothek wiederholen und vertiefen. ³Abs. 3 Satz 3 gilt entsprechend.

(7) ¹Die Einzelheiten der Ausbildung am Arbeitsplatz regelt ein von der Bayerischen Staatsbibliothek mit Zustimmung des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst aufgestellter Ausbildungsplan. ²Die Einzelheiten der begleitenden Fachgespräche regelt ein vom Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst aufgestellter Studienplan.

(8) ¹Das berufspraktische Studium wird durch mindestens zwei informatorische Kurzpraktika ergänzt, davon eines an einer öffentlichen Bibliothek. ²Ein Teil der Kurzpraktika kann auch im Wege des Sonderurlaubs im Ausland absolviert werden. ³Die informatorischen Kurzpraktika werden von der Ausbildungsbibliothek vermittelt. ⁴Das Nähere regelt der Ausbildungsplan für die berufspraktischen Abschnitte.

(9) ¹Am Ende jedes berufspraktischen Studienabschnitts hat die Leitung der Ausbildungsbibliothek Befähigung, Leistung, Eignung und Führung sowohl im Hinblick auf die Ausbildung am Arbeitsplatz wie auf die begleitenden Fachgespräche in einem zusammenfassenden Zeugnis zu beurteilen und in einer Gesamtnote nach der in der Allgemeinen Prüfungsordnung festgelegten Notenskala zu bewerten (Praktikumsnote). ²Das Zeugnis ist den Studierenden jeweils spätestens zwei Wochen vor Beendigung eines berufspraktischen Studienabschnitts bekannt zu geben und ist zudem der Bayerischen Staatsbibliothek zuzuleiten. ³Die Studierenden – bei nichtstaatlichen Studierenden auch deren Ernennungsbehörden – erhalten eine Kopie des Zeugnisses.

§ 11

Vorgesetzte

Vorgesetzte der Studierenden sind auch

1. während des Fachstudiums der Leiter oder die Leiterin des Fachbereichs Archiv- und Bibliothekswesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern und die

mit der Durchführung des Unterrichts beauftragten Lehrpersonen,

2. während des berufspraktischen Studiums die Leiter und Leiterinnen der Ausbildungsbehörden, die Ausbildungsleiter, die Auszubildenden und die mit der Durchführung der begleitenden Fachgespräche beauftragten Lehrpersonen.

§ 12

Erreichen des Ausbildungsziels

¹Jeweils am Ende der Ausbildungsabschnitte 1 bis 5 gemäß § 6 Abs. 2 wird die Feststellung getroffen, ob das Ausbildungsziel erreicht ist. ²Die Feststellung wird für das berufspraktische Studium von der jeweiligen Ausbildungsbibliothek, für das Fachstudium vom Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern getroffen. ³Grundlage der Entscheidung sind für das Fachstudium die bei den Aufsichtsarbeiten (§ 8 Abs. 3) und bei der Zwischenprüfung (§ 14) erzielten Leistungen, für das berufspraktische Studium die Praktikumsnote (§ 10 Abs. 9). ⁴Das Ausbildungsziel des betreffenden Abschnitts ist erreicht, wenn der Durchschnitt der Aufsichtsarbeiten oder die Praktikumsnote mindestens „ausreichend“ (4,50) ist.

§ 13

Entlassung

Studierende, die sich im Laufe der Ausbildungszeit für den Dienst als körperlich oder geistig untauglich oder als nicht ausreichend befähigt erweisen, hinsichtlich ihrer Führung zu schwerwiegenden Beanstandungen Anlass geben oder in zwei Ausbildungsabschnitten das Ausbildungsziel nicht erreichen (§ 12), sollen entlassen werden.

§ 14

Zwischenprüfung

(1) ¹Am Ende des zweiten Fachstudienabschnitts wird von dem für die Anstellungsprüfung zuständigen Prüfungsausschuss (§ 17) eine Zwischenprüfung durchgeführt. ²In der Zwischenprüfung sollen die Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen zeigen, ob sie nach ihren Kenntnissen und Fähigkeiten geeignet sind, das Studium für die Laufbahn des gehobenen Bibliotheksdienstes erfolgreich fortzusetzen. ³Soweit in den Abs. 2 bis 4 nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für die Anstellungsprüfung entsprechend.

(2) ¹Die Zwischenprüfung umfasst vier schriftliche Aufgaben aus den in § 9 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 aufgeführten Fächergruppen. ²Die zu prüfenden Schwerpunkte aus den Fächergruppen werden den Studierenden spätestens mit der Bekanntmachung der Prüfungstermine mitgeteilt. ³Die Arbeitszeit beträgt je drei Stunden. ⁴Je nach Art der Aufgabenstellung kann die Bearbeitung mit Hilfe von PCs erfolgen. ⁵Einzelheiten regelt der Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit dem Prüfungsamt. ⁶Eine mündliche Prüfung findet nicht statt.

(3) ¹Die Gesamtnote der Zwischenprüfung wird errechnet aus der Summe der Einzelnoten geteilt durch vier. ²Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn die Gesamtnote schlechter als „ausreichend“ (4,50) ist.

(4) ¹Wird die Zwischenprüfung nicht bestanden, kann sie einmal wiederholt werden. ²Der schriftliche Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung ist innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses beim Prüfungsausschuss einzureichen. ³Die Wiederholungsprüfung soll innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses durchgeführt werden. ⁴Der Vorbereitungsdienst wird dadurch nicht verlängert.

(5) ¹Mit dem endgültigen Nichtbestehen der Zwischenprüfung endet das Beamtenverhältnis auf Widerruf (Art. 43 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 BayBG). ²Bei den in der Einführungszeit befindlichen Beamten und Beamtinnen des mittleren Bibliotheksdienstes ist die Zulassung zum Aufstieg zu widerrufen.

§ 15

Aufstiegsbeamte

¹Die zum Aufstieg zugelassenen Beamten und Beamtinnen des mittleren Bibliotheksdienstes (Abschnitt IV) werden gemeinsam mit den Bibliotheksinspektoranwärtern und Bibliotheksinspektoranwärterinnen ausgebildet. ²Die in dieser Verordnung enthaltenen Regelungen für den Vorbereitungsdienst der Anwärter und Anwärterinnen gelten entsprechend für die Einführungszeit der Aufstiegsbeamten und Aufstiegsbeamtinnen. ³Den Aufstiegsbeamten und Aufstiegsbeamtinnen nichtstaatlicher Dienstherren soll Gelegenheit gegeben werden, im Rahmen der Ausbildung am Arbeitsplatz an geeigneten Bibliotheken ihrer Dienstherren tätig zu sein.

Abschnitt III

Anstellungsprüfung

§ 16

Durchführung und Zweck der Prüfung

(1) Die Anstellungsprüfung wird von einem bei der Bayerischen Staatsbibliothek eingerichteten Prüfungsausschuss durchgeführt.

(2) ¹Zweck der Anstellungsprüfung ist es festzustellen, ob die Anwärter und Anwärterinnen nach ihren fachlichen und allgemeinen Kenntnissen und Fähigkeiten für den gehobenen Bibliotheksdienst geeignet sind. ²Für Aufstiegsbeamte und Aufstiegsbeamtinnen gilt die Prüfung als Aufstiegsprüfung.

§ 17

Prüfungsausschuss

(1) Der Prüfungsausschuss wird auf Vorschlag der Bayerischen Staatsbibliothek vom Staatsministerium

für Wissenschaft, Forschung und Kunst auf die Dauer von drei Jahren bestellt.

(2) ¹Der Prüfungsausschuss besteht aus fünf Mitgliedern, von denen eines den Vorsitz führt. ²Das vorsitzende Mitglied muss dem höheren Bibliotheksdienst, mindestens zwei Mitglieder müssen dem gehobenen Bibliotheksdienst angehören. ³Ein Mitglied muss dem Lehrpersonal des Fachbereichs Archiv- und Bibliothekswesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern angehören. ⁴Für das vorsitzende Mitglied und für jedes weitere Mitglied des Prüfungsausschusses werden Stellvertretungen bestimmt.

§ 18

Prüfungsamt

¹Bei der Bayerischen Staatsbibliothek wird zur Unterstützung des Prüfungsausschusses ein Prüfungsamt eingerichtet. ²Die Zuweisung der Aufgaben erfolgt im Sinn von § 13 Abs. 3 APO durch den Prüfungsausschuss.

§ 19

Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung des Prüfungsausschusses

(1) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen wurden und mindestens das vorsitzende Mitglied sowie zwei weitere Mitglieder anwesend sind. ²Beschlüsse können auch im schriftlichen Verfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied widerspricht.

(2) ¹Der Prüfungsausschuss entscheidet mit Stimmenmehrheit. ²Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds.

§ 20

Diplomarbeit

(1) ¹Die Diplomarbeit soll zeigen, dass der Studierende in der Lage ist, ein Thema der Fachrichtung Bibliothekswesen selbstständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu bearbeiten. ²Organisation, Durchführung und Betreuung der Diplomarbeit obliegen dem Fachbereich Archiv- und Bibliothekswesen.

(2) ¹Die Diplomarbeit wird von dem vom Prüfungsausschuss bestellten Prüfenden ausgegeben und betreut. ²Die Diplomarbeit darf in einer Einrichtung außerhalb des Fachbereichs Archiv- und Bibliothekswesen ausgeführt werden, wenn die Betreuung durch den Prüfenden sichergestellt ist. ³Der Studierende soll im Rahmen der Fachrichtung Bibliothekswesen Themenwünsche äußern. ⁴Vorschläge der Ausbildungsbibliotheken sollen in die Themenfindung einbezogen werden.

(3) Die Ausgabe des Themas erfolgt frühestens drei Monate vor und spätestens mit Beginn des zweiten berufspraktischen Studienabschnitts.

(4) ¹Die Frist von der Themenstellung bis zur Abgabe der Diplomarbeit muss dem Umfang des Themas angemessen sein. ²Die Frist darf fünf Monate nicht überschreiten. ³Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss eine angemessene Nachfrist gewähren, wenn die Bearbeitungsfrist wegen Krankheit oder anderer nicht zu vertretender Gründe nicht eingehalten werden kann. ⁴Der Umfang der Arbeit soll in der Regel 20 DIN-A-4-Seiten nicht unter- und 30 DIN-A-4-Seiten nicht überschreiten.

(5) Für die Korrektur und Bewertung der Diplomarbeit gilt eine Frist von acht Wochen.

(6) Die Diplomarbeit wird vom Prüfenden und einem vom Prüfungsausschuss bestellten Zweitprüfenden unter Anwendung der in § 27 APO festgelegten Notenskala mit einer ganzen Note bewertet.

§ 21

Zulassung zur Prüfung, Nachteilsausgleich

(1) ¹Zur Anstellungsprüfung wird zugelassen, wer den Vorbereitungsdienst oder die Einführungszeit mit Erfolg abgeleistet und bei der Diplomarbeit mindestens die Note „ausreichend“ erreicht hat. ²Wer den Vorbereitungsdienst oder die Einführungszeit erst zwischen dem Beginn der schriftlichen Prüfung und dem Tag der mündlichen Prüfung beendet, kann vorzeitig zur Prüfung zugelassen werden.

(2) ¹Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses. ²Die Entscheidung ist den Bewerberinnen und Bewerbern und den Ernennungsbehörden schriftlich mitzuteilen; eine Ablehnung ist zu begründen.

(3) Anträge auf Gewährung eines Nachteilsausgleichs sind spätestens vier Wochen vor Prüfungsbeginn beim Prüfungsausschuss zu stellen.

§ 22

Form der Prüfung

¹Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. ²Einzelne Prüfungsleistungen können bereits während des Vorbereitungsdienstes oder der Einführungszeit abgenommen werden.

§ 23

Schriftliche Prüfung

(1) Die schriftliche Prüfung umfasst je eine Aufgabe aus den in § 9 Abs. 1 Nrn. 1, 4 und 5 aufgeführten Fächergruppen sowie je eine Doppelaufgabe aus den in § 9 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 aufgeführten Fächergruppen.

(2) Die Arbeitszeit beträgt je Aufgabe drei Stunden, für die Doppelaufgaben je fünf Stunden.

(3) Gemäß § 22 Satz 2 wird eine Doppelaufgabe während des vierten Fachstudienabschnitts als Prüfungsleistung abgelegt.

§ 24

Ergebnis der schriftlichen Prüfung

¹Aus den Noten der schriftlichen Prüfungsarbeiten wird die Notensumme gebildet, wobei die Noten der Doppelaufgaben zweifach gezählt werden. ²Die Gesamtnote der schriftlichen Prüfung errechnet sich aus der Notensumme geteilt durch sieben.

§ 25

Mündliche Prüfung

(1) ¹Die mündliche Prüfung findet in der Regel im Anschluss an die schriftliche Prüfung statt. ²An der mündlichen Prüfung darf nur teilnehmen, wer mindestens vier schriftliche Aufgaben bearbeitet hat.

(2) ¹Die mündliche Prüfung ist vor einer Prüfungskommission, bestehend aus drei Prüfenden, abzulegen; § 10 Abs. 3 Satz 3 gilt entsprechend. ²Es können mehrere Prüfungskommissionen gebildet werden. ³Ein Mitglied der Prüfungskommission soll dem gehobenen Bibliotheksdienst angehören. ⁴Den Prüfungskommissionen sollen auch Lehrpersonen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern angehören.

(3) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf alle Gebiete der Ausbildung.

(4) Die Prüfungsteilnehmenden werden einzeln geprüft; dabei soll die Prüfung eine Gesamtdauer von 45 Minuten nicht unterschreiten.

(5) Die Prüfungskommission bewertet das Ergebnis der mündlichen Prüfung unter Verwendung der in der Allgemeinen Prüfungsordnung festgelegten Notenskala mit einer Note.

§ 26

Gesamtprüfungsnote

¹Die Gesamtprüfungsnote errechnet sich aus der Summe der dreifachen Gesamtnote der schriftlichen Prüfung, der Note der mündlichen Prüfung und der Note der Diplomarbeit geteilt durch fünf. ²Die dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

§ 27

Nichtbestehen der Prüfung

¹Die Anstellungsprüfung ist nicht bestanden, wenn die Gesamtprüfungsnote oder die Gesamtnote der schriftlichen Prüfung schlechter als „ausreichend“ (4,50) ist. ²Sie ist ferner nicht bestanden, wenn mehr als die Hälfte der Prüfungsarbeiten der schriftlichen Prüfung mit einer schlechteren Note als „ausreichend“ (4,50) bewertet wurde; dabei zählen auch die Doppelaufgaben jeweils einfach.

§ 28

Festsetzung der Platzziffer

(1) ¹Für Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen, die die Prüfung bestanden haben, wird auf Grund der Gesamtprüfungsnote eine Platzziffer festgesetzt. ²Bei gleichen Gesamtprüfungsnoten erhält der Prüfungsteilnehmende mit dem besseren Ergebnis in der schriftlichen Prüfung die niedrigere Platzziffer. ³Bei gleichen Ergebnissen in der schriftlichen Prüfung wird die gleiche Platzziffer erteilt. ⁴In diesem Fall wird die nächstfolgende Platzziffer so vergeben, als wären die mehreren gleichen Platzziffern fortlaufend weitergezählt worden.

(2) ¹Die Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen erhalten eine Bescheinigung über die Platzziffer, in der anzugeben ist, wie viele Prüfungsteilnehmende sich der Prüfung unterzogen haben und wie viele die Prüfung bestanden haben. ²Wird die gleiche Platzziffer mehreren Prüfungsteilnehmenden erteilt, so ist auch deren Zahl anzugeben.

§ 29

Prüfungszeugnis

(1) Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen, die die Prüfung bestanden haben, erhalten ein Prüfungszeugnis, aus dem die Gesamtprüfungsnote nach Notenstufe und Zahlenwert zu ersehen ist.

(2) Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen, die die Prüfung nicht bestanden haben, erhalten eine Bescheinigung, aus der die Gründe des Nichtbestehens ersichtlich sind.

§ 30

Ausscheiden aus dem Vorbereitungsdienst

¹Die Anwärter und Anwärterinnen scheiden mit Aushändigung (Zustellung) des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 29 Abs. 2 oder mit der schriftlichen Mitteilung, dass die Prüfung als nicht bestanden gilt, aus dem Vorbereitungsdienst aus. ²Zum gleichen Zeitpunkt endet ihr Beamtenverhältnis auf Widerruf (Art. 43 Abs. 2 Satz 2 BayBG).

§ 31

Wiederholung der Prüfung

(1) ¹Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen, die die Prüfung nicht bestanden haben oder deren Prüfung als nicht bestanden gilt, können die Prüfung einmal, und zwar zum nächsten Prüfungstermin, wiederholen. ²Die Wiederholungsprüfung findet frühestens sechs Monate nach Abschluss der Prüfung statt. ³Für die Zeit bis zur Wiederholungsprüfung sollen diese Prüfungsteilnehmenden auf Antrag in einen ergänzenden Vorbereitungsdienst bzw. eine ergänzende Einführungszeit aufgenommen werden.

(2) ¹Prüfungsteilnehmer und Prüfungsteilnehmerinnen, die die Prüfung bei erstmaliger Ablegung bestanden haben, können zur Verbesserung der Prüfungsnote ein zweites Mal zur Prüfung zugelassen werden. ²Sie müssen jedoch hierzu am nächsten, noch nicht ausgeschriebenen Prüfungstermin teilnehmen.

(3) Der Antrag auf wiederholte Zulassung zur

Prüfung ist spätestens drei Monate nach Aushändigung (Zustellung) des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung über das Nichtbestehen der Prüfung beim vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses einzureichen.

Abschnitt IV

Aufstieg

§ 32

Zuständigkeit, öffentliche Bekanntmachung

(1) Das Zulassungsverfahren zum Aufstieg vom mittleren Bibliotheksdienst in den gehobenen Bibliotheksdienst bei den wissenschaftlichen Bibliotheken wird von der Bayerischen Staatsbibliothek bei Bedarf durchgeführt.

(2) ¹Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gibt den Termin und die Meldefrist für das Zulassungsverfahren durch Veröffentlichung im Bayerischen Staatsanzeiger rechtzeitig bekannt. ²Dabei soll die Zahl der von den obersten Dienstbehörden zum Aufstieg zuzulassenden Beamten und Beamtinnen angegeben werden.

§ 33

Meldung zum Zulassungsverfahren

(1) ¹Beamte und Beamtinnen des mittleren Bibliotheksdienstes, die die Voraussetzungen für den Aufstieg nach § 37 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 LbV erfüllen, können sich zur Teilnahme am Zulassungsverfahren auf dem Dienstweg melden. ²Bei der Meldung sind die Voraussetzungen nach Satz 1 nachzuweisen.

(2) Die Beamten und Beamtinnen können mehrmals, höchstens jedoch insgesamt dreimal, am Zulassungsverfahren teilnehmen.

(3) Das Ergebnis des Zulassungsverfahrens hat bis zur Ausschreibung eines neuen Zulassungsverfahrens Gültigkeit.

§ 34

Gestaltung des Zulassungsverfahrens

(1) Das Zulassungsverfahren besteht aus einem schriftlichen Teil und einem Prüfungsgespräch.

(2) Zur Durchführung des Zulassungsverfahrens wird auf Vorschlag der Bayerischen Staatsbibliothek vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auf die Dauer von drei Jahren ein Zulassungsausschuss bestellt.

(3) ¹Der Zulassungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern, von denen eines den Vorsitz führt. ²Das vorsitzende Mitglied muss dem höheren Bibliotheksdienst, mindestens ein Mitglied dem gehobenen Bibliotheksdienst angehören. ³Für das vorsitzende Mitglied und für jedes weitere Mitglied des Zulassungsausschusses werden Stellvertretungen bestimmt.

(4) ¹Der Zulassungsausschuss ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mindestens das vorsitzende Mitglied sowie ein weiteres Mitglied anwesend sind. ²Er entscheidet mit Stimmenmehrheit. ³Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds. ⁴Beschlüsse können auch im schriftlichen Verfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied widerspricht.

§ 35

Inhalt und Bewertung des Zulassungsverfahrens

(1) ¹Im schriftlichen Teil haben die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Zulassungsverfahrens eine zweistündige Aufgabe zu bearbeiten. ²Sie besteht aus Fragen, die auf den Nachweis von Kenntnissen und Fähigkeiten für die spätere Berufsarbeit abzielen, und Fragen aus dem Allgemeinwissen unter besonderer Berücksichtigung staatsbürgerlicher Kenntnisse. ³Die Aufgabe kann aus mehreren Teilen bestehen und Testverfahren einschließen, die dem Ziel des Zulassungsverfahrens entsprechen.

(2) Bei der Bewertung der Aufgabe nach Abs. 1 sind die in der Allgemeinen Prüfungsordnung bezeichneten Noten mit der Maßgabe zugrunde zu legen, dass Zehntelnoten auf der Grundlage einer Punktebewertung erteilt werden.

(3) ¹Jeder Teilnehmende am Zulassungsverfahren hat sich einem Prüfungsgespräch zu unterziehen. ²Dieses soll Aufschluss geben über Denkvermögen und geistige Beweglichkeit, sprachliche Ausdrucksfähigkeit und das Verständnis für die Aufgaben der angestrebten Laufbahn. ³Das Prüfungsgespräch dauert 45 Minuten und erstreckt sich auf Grundkenntnisse in

1. Bibliothekswesen im Überblick,
2. Bibliotheksverwaltung,
3. Informationstechnik.

(4) ¹Der Zulassungsausschuss erteilt für jedes Prüfungsgebiet eine Note nach der Allgemeinen Prüfungsordnung. ²Die Gesamtnote des Prüfungsgesprächs errechnet sich aus der Summe der Einzelnoten geteilt durch drei. ³Eine dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

(5) ¹Soweit Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Zulassungsverfahren nicht angemessene Kenntnisse in wenigstens einer Fremdsprache besitzen, haben sie eine schriftliche Aufgabe (Übersetzung ins Deutsche) von 90 Minuten in einer Fremdsprache ihrer Wahl zu bearbeiten; dabei muss mindestens die Note „ausreichend“ (4,50) erzielt werden. ²Die Teilnehmenden verfügen über angemessene Kenntnisse in einer Fremdsprache, wenn sie sie in mindestens drei aufsteigenden Klassen geführt und in der dritten oder einer weiter aufsteigenden Klasse mindestens die Note „ausreichend“ (4,50) erzielt haben.

§ 36

Ergebnis des Zulassungsverfahrens

(1) ¹Aus der Note der schriftlichen Prüfung und

der Gesamtnote des Prüfungsgesprächs ist eine Gesamtprüfungsnote zu bilden. ²Sie errechnet sich aus der Summe der Note der schriftlichen Prüfung und der Gesamtnote des Prüfungsgesprächs geteilt durch zwei. ³Eine dritte Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

(2) Das Zulassungsverfahren ist erfolgreich abgeschlossen, wenn die Gesamtprüfungsnote nach Abs. 1 mindestens „ausreichend“ (4,50) beträgt und angemessene Kenntnisse in einer Fremdsprache nachgewiesen werden.

(3) ¹Auf Grund der Prüfungsnote erstellt die Bayerische Staatsbibliothek für den Geschäftsbereich jeder obersten Dienstbehörde eine Rangliste der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die das Zulassungsverfahren erfolgreich abgeschlossen haben. ²Bei gleicher Gesamtprüfungsnote erhält der Teilnehmende mit der besseren Gesamtnote im Prüfungsgespräch den besseren Rang.

(4) Die Teilnehmenden am Zulassungsverfahren werden über das Ergebnis und den erreichten Ranglistenplatz schriftlich unterrichtet.

§ 37

Zulassung zum Aufstieg

Über die Zulassung zum Aufstieg entscheidet unbeschadet der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen (§ 37 Abs. 1 LbV) der Dienstherr nach Bedarf und Rangliste.

Abschnitt V

Schlussbestimmungen

§ 38

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2005 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 30. September 2005 tritt die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Bibliotheksdienst bei den wissenschaftlichen Bibliotheken (ZAPogBibID) vom 24. Februar 2000 (GVBl S. 86, BayRS 2038-3-4-10-2-WFK), geändert durch § 29 des Gesetzes vom 7. August 2003 (GVBl S. 503), außer Kraft.

§ 39

Übergangsvorschrift

Wer die Ausbildung vor dem 1. Oktober 2005 begonnen hat, setzt diese nach den Bestimmungen der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Bibliotheksdienst bei den wissenschaftlichen Bibliotheken (ZAPogBibID) vom 24. Februar 2000 (GVBl S. 86, BayRS 2038-3-4-10-2-WFK), geändert durch § 29 des Gesetzes vom 7. August 2003 (GVBl S. 503), fort und wird danach geprüft; dies gilt auch für die Wiederholung der Anstellungsprüfung.

München, den 10. Juli 2006

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

Bayerisches Staatsministerium
des Innern

Dr. Günther Beckstein
Staatsminister

Hinweis

Durch § 1 Nr. 81 des Dritten Gesetzes zur Aufhebung von Rechtsvorschriften (3. Aufhebungsgesetz – 3. AufhG) vom 7. August 2003 (GVBl S. 497), § 3 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Architektengesetzes, der Bayerischen Bauordnung, des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes, des Bayerischen Beamtenengesetzes und des Bayerischen Ingenieurgesetzes vom 8. März 2005 (GVBl S. 69) und § 6 des Gesetzes zur Anpassung von Landesgesetzen an die Modernisierung des bayerischen Hochschulrechts (Bayerisches Hochschulrechtsanpassungsgesetz – BayHSchRAnpG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 303) wurde das Bayerische Lehrerbildungsgesetz geändert. Nachstehend wird der Wortlaut dieser Änderungen abgedruckt:

I.

Drittes Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften
(3. Aufhebungsgesetz – 3. AufhG)
Vom 7. August 2003 (GVBl S. 497)

§ 1

Aufhebung von Rechtsvorschriften

Es werden aufgehoben:

.....

81. Art. 30 Abs. 2 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16, BayRS 2238-1-UK), geändert durch Gesetz vom 24. Oktober 2001 (GVBl S. 676),

.....

II.

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Architektengesetzes, der Bayerischen Bauordnung, des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes, des Bayerischen Beamtenengesetzes und des Bayerischen Ingenieurgesetzes
Vom 8. März 2005 (GVBl S. 69)

§ 3

Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

Art. 7 Abs. 4 Satz 1 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) in der Fassung der Bekannt-

machung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16, ber. S. 40, BayRS 2238-1-UK), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 81 des Gesetzes vom 7. August 2003 (GVBl S. 497), erhält folgende Fassung:

„¹Für Personen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein Diplom erworben haben, das eine Ausbildung für den Beruf des Lehrers abschließt, oder die die Berechtigung erworben haben, den Beruf des Lehrers auszuüben, sind für die Feststellung der Lehramtsbefähigung die Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (89/48/EWG) und die Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften 92/51/EWG vom 18. Juni 1992 über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung zur Richtlinie 89/48/EWG jeweils geändert durch die Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2001 (ABl EG Nr. L 206 S. 1) sowie die nach diesem Gesetz ergehenden Ausführungsvorschriften maßgebend; dies gilt entsprechend für Drittstaaten und Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Diplomanerkennung nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften eine Gleichstellung ergibt.“

III.

Gesetz zur Anpassung von Landesgesetzen an die Modernisierung des bayerischen Hochschulrechts (Bayerisches Hochschulrechtsanpassungsgesetz – BayHSchRAnpG)
Vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 303)

§ 6

Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

In Art. 4 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16, ber. S. 40, BayRS 2238-1-UK), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 8. März 2005 (GVBl S. 69), wird die Zahl „60“ durch die Zahl „43“ ersetzt.

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

223511.1-UK

Bestellung von Ministerialbeauftragten für die Gymnasien

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 14. August 2006 Nr. VI.1-5 O 5120-6.78 443

Gemäß Art. 116 Abs. 4 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG – BayRS 2230-1-1-UK) sind nach dem Stand vom 1. August 2006 zu Ministerialbeauftragten für die Gymnasien bestellt:

Oberbayern-Ost Leitender Oberstudiendirektor
Dr. Bernd Zinner
Regerplatz 1
81541 München

Oberbayern-West Oberstudiendirektorin
Dr. Karin Oechslein
Wackersberger Straße 59
81371 München

Niederbayern Leitender Oberstudiendirektor
Klaus Drauschke
Jürgen-Schumann-Straße 20
84034 Landshut

Oberpfalz Leitender Oberstudiendirektor
Günther Trüb
Hans-Sachs-Straße 2
93049 Regensburg

Oberfranken Oberstudiendirektor
Dr. Edmund Neubauer
Gymnasiumsplatz 4–6
95028 Hof

Mittelfranken Leitender Oberstudiendirektor
Joachim Leisgang
Löbleinstraße 10
90409 Nürnberg

Unterfranken Leitender Oberstudiendirektor
Rudolf Schmitt
Am Pleidenturm 16
97070 Würzburg

Schwaben Leitender Oberstudiendirektor
Hubert Lepperdinger
Hallstraße 10
86150 Augsburg

Die Stellung und die Aufgaben der Ministerialbeauftragten für die Gymnasien ergeben sich aus der KMBek vom 21. Januar 2004 (KWMBI I S. 36).

Die Abgrenzung der Aufsichtsbezirke der für den Regierungsbezirk Oberbayern bestellten Ministerialbeauftragten bemisst sich nach der KMBek vom

19. September 1984 (KMBI I S. 522), geändert durch KMBek vom 7. Februar 2005 (KWMBI I S. 94).

Die Bekanntmachung vom 8. August 2005 (KWMBI I S. 251) wird aufgehoben.

Dr. Berggreen – Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 222

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 22. August 2006 Nr. III.4-5 S 1321.1-5.85 940

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit * gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

1. Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Deutsch – Für sich und andere schreiben

Schroedel Verlag, Braunschweig:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

^RKleeblatt • Das Wörterbuch für Grundschul Kinder,
Ausz. Bayern, BN 40800, Aufl. 02/**Druck B¹⁰⁶**, 7,25 €, ZN 126/02-V (04.09.06)

Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***PIRI**, Das Sprach-Lese-Buch:

R3: v. Häusler u.a., BN 270561, 1. Aufl. 06, 19,95 €, ZN 139/06-V (04.09.06)

Hauptschule

Deutsch

– **Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch**

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Mit eigenen Worten, Hauptschule Bayern:**

R6: v. Akkus u.a., BN 123146, Aufl. 05/**Druck B¹⁰⁶**, 17,95 €, ZN 64/05-V (04.09.06)

R7: v. Böttger u.a., BN 123147, Aufl. 04/**Druck B¹⁰⁶**, 17,95 €, ZN 5/05-V (04.09.06)

Englisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***New Highlight, Hauptschule Bayern:**

R3 für M-Klassen: v. Thorne, BN 344940, 1. Aufl. 06, 17,95 €, ZN 157/06-V (04.09.06)

Realschule

Deutsch – Lesebücher

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Zwischen den Zeilen, Realschule Bayern**, v. Janda u.a.:

R9: BN 122239, Aufl. 03/3. **Druck 06**, 18,95 €, ZN 124/03-R6 (04.09.06)

Mathematik

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

***Thema Mathe (R6)**, hrsg. v. Reich/Rothmeier:

R9 I: BN 6009, 1. Aufl. 06, 21,90 €, ZN 121/06-R6 (04.09.06)

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

***Mathematik, Realschule Bayern**, v. Dlugosch u.a.:

R10 I: BN 122660, Aufl. 06/**Druck A¹**, 19,50 €, ZN 113/06-R6 (04.09.06)

Religionslehre – katholisch

Auer Verlag, Donauwörth:

***Einfach leben**, Realschule, hrsg. v. Rieß/Schlereth:

R8: BN 3644, 1. Aufl. 06, 12,80 €, ZN 112/06-R6 (04.09.06)

Gymnasium

Biologie

Schroedel Verlag, Braunschweig:

***Materialien S II • Biologie:**

RÖkologie: hrsg. v. Philipp u.a., BN 10914, Aufl. 05/**Druck A³ 06**, 18,95 €, ZN 114/06-G9 (04.09.06), zugel. ab Jgst. 12, befr. b.z. Abl. d. Schj. 10/11

RNetzwerk Biologie, Bayern, hrsg. v. Jungbauer:

8: BN 86492, Aufl. 06/**Druck A²**, 17,50 €, ZN 125/06-G8 (04.09.06)

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

R Cours intensif, zugel. in Französisch als 3. FS:

1: v. Gauvillé u.a., BN 523624, 1. Aufl. 06, 17,95 €, ZN 129/06-G8 (04.09.06), zugel. f.d. Jgst. 8

R Cours intensif – Grammatisches Beiheft, zugel. in Französisch als 3. FS:

1: v. Kunert/Spengler, BN 523602, 1. Aufl. 06, 7,20 €, ZN 142/06-G8 (04.09.06), zugel. f.d. Jgst. 8

Italienisch

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

R Appunto, hrsg. v. Jäger/Mörl, zugel. in Italienisch als 3. FS:

1: BN 4981, 1. Aufl. 06, 24,80 €, ZN 166/06-G8/G9 (04.09.06), zugel. f.d. Jgst. 8 am G8 und f.d. Jgst. 9 am G9, hierfür befr. b.z. Abl. d. Schj. 06/07

Russisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Hinweis:

Die Zulassung des Unterrichtswerks „**PRIVET! 1**, BN 500930, 1. Aufl. 94“, zum Gebrauch am G9 (Jgst. 9) wird hiermit ausgedehnt auf die Jgst. 8 am G8 in Russisch als 3. FS, ZN 182/06-G8 (04.09.06). Die Zulassung hierfür wird nicht befristet.

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Hinweis:

Die Zulassung des Unterrichtswerks „**Modernes Russisch OKHO 1**, BN 527440, 1. Aufl. 93“, zum Gebrauch am G9 (Jgst. 9) wird hiermit ausgedehnt auf die Jgst. 8 am G8 in Russisch als 3. FS, ZN 180/06-G8 (04.09.06). Die Zulassung hierfür wird nicht befristet.

Die Zulassung des Unterrichtswerks „**Modernes Russisch OKHO – Grammatisches Beiheft 1**, BN 527442, 1. Aufl. 94“, zum Gebrauch am G9 (Jgst. 9) wird hiermit ausgedehnt auf die Jgst. 8 am G8 in Russisch als 3. FS, ZN 181/06-G8 (04.09.06). Die Zulassung hierfür wird nicht befristet.

2. Lernmittel, die nur unter den Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 455, KWMBI I S. 251) lernmittelfrei sind

Allgemein bildende Schulen

Hauptschule

Geschichte / Sozialkunde / Erdkunde

Schroedel Verlag, Braunschweig:

R*Trio – Atlas für Erdkunde • Geschichte • Sozialkunde*, Bayern, BN 01346, Aufl. 06/**Druck A**¹, 16,95 €, ZN 153/06-V (04.09.06)

3. Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Deutsch – Die Schriftsprache erwerben

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

R*Frohes Lernen*, Bayern:

Übungsheft zum Schreiblehrgang Vereinfachte Ausgangsschrift: v. Nothaft-Buchner/Reichstein, BN 230253, 1. Aufl. 06, 2,50 €, ZN 148/06-V (04.09.06)

Deutsch – Sprache untersuchen

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***PIRI – Arbeitsheft:**

R₃: v. Hock-Schatz u.a., BN 270562, 1. Aufl. 06, 7,25 €, ZN 140/06-V (04.09.06)

Hauptschule

Deutsch

– Rechtschreiben, Sprachbetrachtung und schriftlicher Sprachgebrauch

**Auer Verlag, Donauwörth/
Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

***Auer Deutschbuch – Arbeitsheft:**

R₇: v. Paljan, BN 4474, 1. Aufl. 06, 6,90 €, ZN 71/06-V (04.09.06), zugl. f.d. Jgst. 7/M7

Gymnasium

Deutsch – Sprachlehre

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

***Intensivierung Deutsch**, *Gymnasium Bayern*, hrsg. v. Matthiessen u.a.:

R₆: BN 603857, 2. Aufl./1. **Druck 06**, 7,95 €, ZN 55/06-G8 (04.09.06)

Englisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

***Learning English • Green Line New – Workbook**, *Ausg. Bayern*, zugl. in Englisch als 1. FS:

R₄: v. Greenhalgh u.a., BN 547245, 1. Aufl. 06, 8,10 €, ZN 116/06-G8 (04.09.06), zugl. f.d. Jgst. 8

***Learning English • Green Line New E 2 – Workbook**, zugl. in Englisch als 2. FS:

R₃: v. Ashford u.a., BN 581835, 1. Aufl. 06, 8,10 €, ZN 128/06-G8 (04.09.06), zugl. f.d. Jgst. 8

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

R*Cours intensif – Cahier d'activités mit 2 Audio-CDs*, zugl. in Französisch als 3. FS:

1: v. Kunert u.a., BN 523603, 1. Aufl. 06, 11,95 €, ZN 138/06-G8 (04.09.06), zugl. f.d. Jgst. 8; **die Zulassung beschränkt sich nur auf das gedruckte Arbeitsheft**

Latein

Oldenbourg Schulbuchverlag, München/

C.C. Buchners Verlag, Bamberg/

J. Lindauer Verlag, München:

***Cursus – Arbeitsheft**, *Ausg. B*, hrsg. v. Maier/Brenner, zugl. in Latein als 2. FS:

R₃: BN 80863, 1. Aufl. 06, 8,90 €, ZN 155/06-G8 (04.09.06), zugl. f.d. Jgst. 8

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 4. September 2006 in Kraft.

Dr. Berggreen – Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2006 S. 222

Herausgegeben von den Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst, Salvatorstraße 2, 80333 München. Vertrieb: Oldenbourg Druckerei Vertriebs GmbH & Co. KG, Publishing Service, Sonnenallee 1/II. St., 85551 Kirchheim b. München. Gesamtherstellung: Oldenbourg Druckerei Vertriebs GmbH & Co. KG, Publishing Service, Sonnenallee 1/II. St., 85551 Kirchheim b. München. Bezugsbedingungen: Das Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst wird im Namen und für Rechnung der Herausgeber von Oldenbourg Druckerei Vertriebs GmbH & Co. KG, Publishing Service, ausgeliefert. Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. 10. jeden Jahres bei Oldenbourg Druckerei Vertriebs GmbH & Co. KG, Publishing Service, vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Oldenbourg Druckerei Vertriebs GmbH & Co. KG, Publishing Service, Sonnenallee 1/II. St., 85551 Kirchheim b. München, Telefon (089) 954 62-419, Fax (089) 954 62-402. Bezugspreis: 64,40 € jährlich einschließlich Porto und Verpackung. Preis der Einzelnummer je nach Umfang zuzüglich Porto und Verpackung. Erscheinungsweise: nach Bedarf, in der Regel vierundzwanzigmal jährlich.

Preis der vorliegenden Nummer 4,60 € zuzüglich Porto und Verpackung.

ISSN 0931-4059